



## Peter Hübner

### Der FDGB im politischen System der DDR und in der Erfahrung der Arbeitnehmer

*Dr. Peter Hübner, geb. 1944 in Apolda, Studium der Geschichte und Soziologie an der Universität Leipzig, ist als Projektleiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. tätig.*

Wie keine andere Massenorganisation kam der FDGB zumindest in quantitativer Hinsicht dem politischen Ideal einer durchorganisierten Gesellschaft nahe. Es fragt sich, ob dies auch dem Bild einer, wie es gelegentlich formuliert wurde, „durchherrschten“ Gesellschaft entsprach. In der historischen Literatur, in der politischen Publizistik dominiert ein Bild des FDGB als Massenorganisation der SED, seine „Treibriemenfunktion“ ist hinreichend problematisiert worden, darauf ist an dieser Stelle nicht näher einzugehen.

#### **Parteigesteuerte Massenorganisation**

Ich möchte deshalb mit einer etwas irritierenden Episode beginnen. Es sind mitunter einzelne Ereignisse, die Menschen wie Organisationen plötzlich in einem völlig ungewohnten Licht erscheinen lassen, so dass man nach Zusammenhängen fragen muss, die nicht auf der Hand liegen. Von dieser Qualität ist eine Episode, die sich Ende Mai 1957 zutrug. An diesem Tage traf sich die Parteigruppe des Sekretariats des FDGB-Bundesvorstandes in Anwesenheit eines Vertreters der Abteilung Gewerkschaften im Zentralkomitee der SED. Von diesem Vertreter der ZK-Abteilung ist ein Bericht überliefert, der ein bemerkenswertes Bild vom Verhältnis zwischen den Spitzenfunktionären des FDGB und dem SED-Apparat zeichnet. In einer fünfstündigen Sitzung kam es zur Kritik einiger Teilnehmer an der nach ihrer Meinung etwas üppig geratenen Möblierung von Büros im Gebäude des FDGB-Bundesvorstandes. Einer der Gescholtenen, der dafür verantwortlich war, reagierte überaus empfindlich und meinte, mit diesem Vorwurf wollten Parteifunktionäre nachweisen, dass erstens in den Gewerkschaften eine ernste Lage vorhanden wäre, zweitens die Funktionäre mit sozialdemokratischer Ideologie behaftet und drittens diese Sekretäre von den Massen gelöst seien und zu Spießern würden, was ebenfalls ein Ausdruck von Sozialdemokratismus sei.

Dies war offenbar keine emotionale Entgleisung, sondern hier wurde eine Situation sarkastisch zugespitzt, die über das Verhältnis zwischen den Führungsebenen von SED und FDGB mehr aussagt, als es außenstehende Zeitgenossen wahrnahmen. Der FDGB-Vorsitzende Warnke, gewöhnlich ein bedachtsamer Mann, nahm unmittelbar daraufhin Gelegenheit zu erklären, „dass man zu einigen grundsätzlichen Fragen der Arbeit der Abteilungen im ZK und bestimmter Erscheinungen in der Partei gegenüber den Gewerkschaften Stellung nehmen müsse“. Dem Bericht zufolge führte Warnke weiter aus: „Die Abteilung Gewerkschaften im ZK schaffe eine Atmosphäre gegen die Gewerkschaften in der Partei. Sie bereitet Entscheidungen vor, ohne dass wir etwas davon wissen. Das alles führt zu einem schlechten Zustand“. Genosse Warnke brachte dann eine Reihe von Beispielen für das Verhalten von

Parteifunktionären gegenüber Funktionären der Gewerkschaft. Als weiteres Beispiel führte Warnke die Ausarbeitung der Grundsätze für die Tätigkeit der Gewerkschaftskommissionen bei den Bezirksleitungen der Partei an. Auch hierüber habe er keine Kenntnis gehabt. Nach Einsicht in dieses Dokument müsse er feststellen, „dass die entwickelten Grundsätze der Liquidation des Bundesvorstandes und der Zentralvorstände gleichkäme. Es deute alles darauf hin, dass über alles die Partei zu bestimmen hat und sich damit die Umwandlung der Gewerkschaften in eine Unterabteilung der Partei vollziehen würde“. Warnke verwies in diesem Zusammenhang auf das Beispiel des Vorsitzenden der IG Bau-Holz, Walter Tille, der bei der Beratung des Haushaltsplanes in der Volkskammer plötzlich seine Rede unterbrochen habe und, nachdem er sich von einem Weinkrampf und Nervenzusammenbruch erholt hatte, Warnke gegenüber erklärte, „dass er Angst hatte, vor den leitenden Parteifunktionären ein falsches Wort zu gebrauchen und nachher, wie er sich ausdrückte, „geprügelt“ zu werden.“ Warnke habe dies, so der Bericht des ZK-Mitarbeiters, mit großer Verbitterung und sehr zugespitzt vorgetragen.

Es lohnt, sich diese Szene genauer vor Augen zu führen. Nicht irgendein FDGB-Mitglied begehrte gegen die Herrschaftsallüren der SED-Funktionäre auf, sondern die Mitglieder der Parteigruppe im Sekretariat des Bundesvorstandes mit dem Vorsitzenden des FDGB an der Spitze. Die Tonlage changierte zwischen Beleidigtsein und Larmoyanz, und der Bericht über diesen Vorgang stammte nicht etwa aus einem Protokoll, sondern war von einem Mitarbeiter des ZK-Apparates aufgezeichnet und für die ZK-Abteilung bestimmt. Alles dies sprach für ein hohes Maß an politischer Kontrolle und Gängelung des FDGB durch die SED. Nicht zu übersehen ist, dass sich der Vorfall zu einer Zeit ereignete, in der die SED-Führung durch eine Anti-Revisionismus-Kampagne die Nachwirkungen der 1956er-Krise zu überwinden suchte. Bei dieser Gelegenheit waren auch der FDGB-Bundesvorstand und einige Hauptvorstände von Einzelgewerkschaften in die Schusslinie der politischen Kritik geraten. Hatte man es also mit einem FDGB zu tun, der als Organisation dem Kurs der SED widersprechen oder ihn gar hätte ändern können oder wollen?

Die hier kurz vorgestellte Episode sagt nicht mehr und nicht weniger, als dass der Apparat des ZK der SED, mit einer gehörigen Portion Misstrauen versehen, auch im FDGB-Bundesvorstand alle Fäden in der Hand zu halten suchte. Überblickt man den Gesamtzeitraum von den ausgehenden vierziger Jahren bis 1989 so hat die SED, trotz gelegentlich heftiger Kontroversen, dieses Ziel erreicht. Vom 3. FDGB-Kongress im Jahre 1950, auf dem die FDGB die führende Rolle der SED offiziell anerkannte, führt ein Bogen bis zum 29. Oktober 1989, als sich das Politbüro des ZK der SED die Entscheidung vorbehielt, Harry Tisch als Vorsitzenden des FDGB im Amt zu belassen. Programmatisch wie personell blieb die Spitze des FDGB über den gesamten Zeitraum hinweg mit der SED-Führung verbunden und von ihr abhängig. auch wenn, wie die Episode aus dem Jahr 1957 zeigt, dieses Verhältnis durchaus spannungsvoll sein konnte. Gleichwohl scheint der FDGB eine Kryptogeschichte gehabt zu haben. Denn auch als Anfang der fünfziger Jahre die Auseinandersetzungen um die Rolle der parteigesteuerten Massenorganisation allmählich abklagen, blieb offenbar ein Potential erhalten, das, wie Detlev Brunner es formuliert hat, „für eine demokratische und nicht-stalinistische Linie des Sozialismus empfänglich war.“

Der FDGB sah sich mit dem Phänomen konfrontiert, dass viele seiner Basisfunktionäre mehr oder minder bewusst am Selbstverständnis freier Gewerkschaften anknüpften und entsprechende Auffassungen von Interessenvertretung zu verwirklichen suchten. In den Quellen taucht dieser Vorwurf von den ausgehenden vierziger bis weit in die sechziger Jahre hinein unter der Bezeichnung des „Nur-Gewerkschaftertums“ auf. Auch hier führt ein

Spannungsbogen bis hin zum Ende des FDGB im Jahr 1990, als bei der Bildung von Betriebsräten und bei der Vereinigung der bisherigen FDGB-Gewerkschaften mit den unter dem Dach des DGB agierenden Gewerkschaften der Bundesrepublik, plötzlich ein Personenkreis von Gewerkschaftern der mittleren und schon etwas älteren Generation hervortrat, bei dem sich „Resistenzen und Restbestände von Tradition“ zeigten und der ein traditionales Verständnis von gewerkschaftlichen und Betriebsratsaufgaben erkennen ließ.

Diese beiden Entwicklungslinien sind freilich nicht als einfache Kontinuitätsbrücken zu betrachten. Denn zwischen dem FDGB um 1950, als man ihn vor allem mit Produktionskampagnen in Zusammenhang brachte, und der Organisation der achtziger Jahre, die eher als sozialpolitische Verteilungsinstanz betrachtet wurde, lag eine Entwicklung über Wendungen und Brüche hinweg. Dennoch spielten hierbei zwei unterschiedliche, nur teilweise ineinander greifende Traditionslinien eine Rolle. Die eine kam aus der kommunistischen Bewegung, zeichnete sich durch ihre KPD/SED-Fixierung aus und war im Wesentlichen im Sekretariat des Bundesvorstandes präsent. Die anderen hatten ihre Wurzeln in der Gewerkschaftsbewegung der Zwischenkriegszeit mit starken Querverbindungen zur Sozialdemokratie, und sie blieb längerfristig in der Funktionärsschicht der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften sowie unter den vorwiegend ehrenamtlichen Betriebsfunktionären erhalten. Vor allem von dieser Seite kam ein deutlicher pragmatischer Zug, der sich insbesondere im sozialen Aufgabenbereich der FDGB Geltung verschaffte. In der Parallelität dieser beiden Spannungsbögen spiegelten sich, wenn auch abgeschwächt, die Konflikte im linken Parteienspektrum und im Arbeitnehmerlager der Weimarer Republik. Einen gemeinsamen Nenner fanden sie aber auch, und zwar in der Zwischenkriegszeit ebenso wie in der DDR, in einer vorrangigen Orientierung auf die Industriearbeiterschaft. Das in diesem Dualismus angelegte Spannungspotential bestand nicht nur im Organisationsrahmen, es hatte auch eine biographische Dimension, wie sich etwa im Falle des schon erwähnten Walter Tille zeigte, der aus einem sozialdemokratischen Milieu kam.

### **Sozialpolitische Verteilungsinstanz**

Von Ulrich Gill sind in seiner Arbeit zur Geschichte des FDGB fünf Haupttätigkeitsfelder umrissen worden, vor allem die Ideologievermittlung, die Arbeitsmobilisierung, die Personalheranführung für die eigene Organisation und die betriebliche Mitwirkung der sozialen Dienste. Vor allem die sozialen Dienste sind es, die wahrscheinlich das Bild des FDGB in den letzten drei Jahrzehnten der DDR maßgeblich beeinflusst haben, während die Mobilisierungs- und Produktionskampagnen, für die der FDGB verantwortlich war, eher eine Tendenz zur Ritualisierung und inhaltlichen Entleerung zeigten. Die Frage, wie Arbeitnehmer den FDGB im täglichen Leben erfahren haben, hängt eng mit diesen Aufgabenschwerpunkten zusammen. Einen Teil der Antwort wird man erhalten können, wenn man nach den Gründen für eine FDGB-Mitgliedschaft oder auch für einen Verzicht auf Verweigerung fragt. Mehrere Gründe dürften zu einer Mitgliedschaft geführt haben. Trotz der politisch problematischen Begleitumstände seiner Gründung, die frühzeitig Verunsicherung und Ablehnung hervorriefen, bestand bei einem großen Teil der in der Sowjetischer Besatzungszone (SBZ) Beschäftigten zumindest eine vage Hoffnung, dass der FDGB sich nach einer Normalisierung der Nachkriegssituation zu einer halbwegs richtigen Einheitsgewerkschaft, die er ja auch sein wollte, wandeln könnte. Zudem sprach für eine Mitgliedschaft, dass der FDGB in Gestalt der Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) rasch und massiv Einfluss auf die betriebliche Sozial-

politik erlangte. Das war umso mehr von Bedeutung, als von 1945 an und im Grunde bis in die letzten Jahre der DDR ein Teil knapper Ressourcen wie Kleidung und Schuhe, später dann beispielsweise Fahrräder und noch später auch Autos, nicht in den öffentlichen Handel gelangten, sondern direkt in Betrieben verkauft wurden.

Solche Privilegien, die besonders in den Schlüsselindustrien zum Tragen kamen, waren Teil eines Leistungsanreizsystems, das aber meist auch von Elementen einer sozialen Nivellierung durchzogen war. Wie bei den Prämien überhaupt, so hatten sich die Betriebsgewerkschaftsleitungen auch hier Entscheidungspositionen erworben, die verdeutlichten, wie rasch der FDGB in eine sozialpolitische Verteilerfunktion gelangte. Stichwortartig seien der 1947 ins Leben gerufene Feriendienst und die seit Beginn der fünfziger Jahre aktiven Wohnungskommissionen der BGL genannt. Auch die nicht unumstritten gebliebenen betrieblichen Konfliktkommissionen sind nach der 1960 besonders erfolgten Neuregelung in diesem sozialpolitischen Kontext stärker aktiv geworden. Ganz besonders unterstrichen wurde die neue Rolle des FDGB durch den Umbau des Sozialversicherungssystems in eine Einheits- und Volksversicherung, bei der er die gesamte Verwaltung übernahm. Aus alledem erwachsen handfeste Gründe für eine Mitgliedschaft.

Ein zweiter Hauptgrund für die quantitative Zunahme des FDGB von 1,8 Millionen im Jahr 1946 auf 9,6 Millionen Mitglieder Ende der achtziger Jahre dürfte in der Magie der großen Zahl gelegen haben. Sie erzeugte gewissermaßen einen Sog, der den Eintritt in den FDGB zu einer Routinehandlung werden ließ, ohne größere politische Bedeutung, aber mit gewissen Verbesserungen beim Zugriff auf soziale Ressourcen. Sicher wird man hierin nicht den alleinigen Grund für eine Mitgliedschaft sehen dürfen. Im Einzelfall mögen durchaus auch politische Argumente eine Rolle gespielt haben. Doch entscheidend blieb die sozialpolitische Funktion. All dies lässt sich als eine weitflächige Anpassung an neuartige politische und wirtschaftliche Verhältnisse beschreiben, die dem zentralistischen Herrschafts- und Gestaltungsanspruch des SED-Regimes unterlagen. Der Soziologe Detlef Pollack gab zu bedenken, dass diese Anpassung auf traditionale Werthaltungen zurückgegangen sein könnte, durch die in der DDR lebende Menschen für die Versuchungen des Systems besonders anfällig wurden: „Wenn das System wirtschaftliche Versorgungsleistungen nur gegen politische Anpassung zu vergeben bereit war, dann war für den, der sein privates Glück und seine berufliche Position im Auge hatte, klar, dass er mitmacht und den Erwartungen des Systems beugt. Es entspricht der Paradoxie von Autonomiegewinn durch Autonomiepreisgabe, dass sich eine Versorgungsmentalität, wie sie als typisch für den DDR-Bürger angesehen wird, gerade aufgrund der Orientierung an individuellen Zwecken herausbildet“.

Zwar verlor der FDGB in dem Maße, wie er sozialpolitische Funktionen übernahm, allmählich den Ruch einer Mobilisierungsinstitution, doch wandelte sich das Bild, das die Erwerbsbevölkerung von den hauptamtlichen Funktionären der Organisation hatte, nicht in gleicher Weise. Der Habitus war zwar immer vielfach differenziert und schattiert, doch sind einige Grundzüge erkennbar. Anfängliche Bemühungen, traditionale Formen der Gewerkschaftsarbeit zu übernehmen, wurden im Prozess der Unterordnung unter die SED sehr rasch durch einen Arbeitsstil überlagert, wie er in der Parteihierarchie üblich war. Besonders die sich zügig ausbreitende „Sitzungsinfation“ wurde auch von FDGB-Funktionären mitgetragen. Diese Erscheinung hatte nicht zuletzt mit einem infolge der zentralisierten Planung ausufernden Verwaltungs- und Berichtswesen zu tun, in das der FDGB vor allem durch seine Aktivisten- und Wettbewerbskampagnen involviert war.

Viele Betriebsfunktionäre fühlten sich hiervon überfordert und mieden den Kontakt mit den Belegschaften. Überhaupt war eine Neigung zum Rückzug von FDGB-Funktionären aus

konfliktträchtigem Terrain festzustellen. Daraus ist ihnen vielfach von Seiten der SED ein Vorwurf erwachsen. Die Tendenz zur Selbstabkapselung vieler Funktionsträger entsprach schon seit den späten fünfziger Jahren der Selbstrekrutierung des hauptamtlichen Apparates. Es ist der Typ des vielfach karikierten Apparatschiks entstanden, und er war auch im FDGB präsent. Doch auch zwischen den hauptamtlichen Funktionären und denen des SED-Apparates waren typologische Unterschiede zu bemerken. Während diese in den ersten Jahren der DDR noch kaum praktische Bedeutung erlangten, wurden sie seit 1953 doch eher zu einem Problem.

Man kann das an den jahrelangen Auseinandersetzungen um die Lohnpolitik erkennen, und auch die eingangs erwähnte Episode zeigt dieses Spannungsverhältnis. Insofern lag es nahe, wenn sich die SED im Rahmen ihrer Kaderpolitik personelle Steuerungsmöglichkeiten vorbehielt. Besonders wichtig wurden unter solchen Gesichtspunkten die personellen Querverbindungen, durch die die SED vor allem in den Spitzeninstanzen des FDGB und der Einzelgewerkschaften eine Personalsteuerung vornehmen konnte. Der FDGB-Vorsitzende beispielsweise war automatisch Mitglied des Politbüros. Die 15 Vorsitzenden der FDGB-Bezirksvorstände gehörten automatisch den Sekretariaten der SED-Bezirksleitungen an. Das Machtverhältnis in diesem Zusammenhang ist eindeutig durch eine Priorität der SED bestimmt worden.

Was also war der FDGB? Er lässt sich als eine Massenorganisation beschreiben, deren Führung entscheidend dazu beitrug, im Interesse der SED-Führung die legitimatorische Funktion des Arbeitsparadigmas zu gewährleisten, durch das das Verhältnis der Individuen zur Gesellschaft als persönliche Teilnahme an einem zielbestimmten gesamtgesellschaftlichen Kooperationsprozess erschien. Der FDGB bediente sich der enormen Rolle traditionaler Arbeitsvorstellungen bei der legitimierenden Drapierung von Systemzwängen. Seine Organisationsbürokratie gehörte einerseits zum hierarchisch strukturierten Machtapparat, aber andererseits hatte sie auch eine Vermittlungsaufgabe zwischen den verschiedenen Institutionen der Macht und den von ihnen verwalteten und kontrollierten Mitgliedern. Von dieser Seite her kam 1990 der rasch scheiternde Versuch, den FDGB als gewerkschaftlichen Dachverband auf dem Territorium eines sich selbst auflösenden Staates zu transformieren. Für die große Mehrheit seiner bisherigen Mitglieder, die weder austraten noch etwas zum Erhalt des FDGB in dieser Situation unternahmen, war der förmliche Auflösungsbeschluss des Außerordentlichen FDGB-Kongresses vom September 1990 genau genommen eigentlich eine Geschichte von gestern.